

## Ergebnisse der Konsultation

### Jung und wählerisch!?: Jugendbeteiligung an Wahlen



## Informationen zur Konsultation

### Darum ging's

Wahlen sind ein zentrales Instrument demokratischer Mitbestimmung. Doch junge Menschen unter 30 Jahren beteiligen sich seltener an Wahlen als ältere Wahlberechtigte. Dieser Trend verstärkte sich in den letzten Jahren. Seit den 1990er Jahren hat die Wahlmüdigkeit von jungen Menschen in den meisten EU-Mitgliedstaaten überdurchschnittlich zugenommen – auch in Deutschland.

An der Frage, wie mehr Jugendliche dazu motiviert werden können wählen zu gehen, kommt man beim Thema „Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben in Europa“ deshalb nicht vorbei. Die Wahlbeteiligung junger Menschen steht im ersten Halbjahr 2012 im Mittelpunkt des Strukturierten Dialogs zwischen Jugend und Politik auf europäischer Ebene. Zur Vorbereitung des Dialogs waren in den vergangenen Monaten europaweit Jugendliche, Jugendgruppen, -verbände, -initiativen etc. aufgerufen, sich mit ihren Meinungen, Erfahrungen, Positionen und Vorschlägen zur Jugendbeteiligung an Wahlen an dieser Konsultation zu beteiligen.

### Wie der Konsultationsprozess in Deutschland ablief

Die Konsultation lief in Deutschland vom 23. November 2011 bis 31. Januar 2012. Die Teilnahme stand allen Jugendlichen, Jugendgruppen, -verbänden, -initiativen, Schulklassen etc. offen. In einer ersten Konsultationsphase wurden bis zum 15. Januar 2012 Meinungen, Erfahrungen, Positionen und Vorschläge über ein Online-Beteiligungstool gesammelt.

Die Basis des Strukturierten Dialogs in Deutschland bilden dezentrale Projekte und Aktivitäten auf lokaler, regionaler und zum Teil auch nationaler Ebene. Im Rahmen dieser Projekte und Aktivitäten setzten sich Jugendliche unter anderem mit dem Thema „Jugendbeteiligung an Wahlen“ auseinander, entwickelten Empfehlungen, Vorschläge und Positionen und diskutierten diese mit politischen Entscheidungsträgern/-innen verschiedener politischer Ebenen. Die Ergebnisse flossen anschließend in die Konsultation ein. Andere Beiträge wurden z.B. im Rahmen von Workshops, Seminaren, Gruppenstunden oder Gremiensitzungen von Jugendlichen ausgearbeitet oder stammen aus Positionspapieren von Jugendverbänden/-ringen.

In einer zweiten Konsultationsphase erhielten alle Teilnehmer/-innen die Möglichkeit, mittels einer Online-Abstimmung die gesammelten Beiträge nach ihrer Wichtigkeit zu bewerten. Auf der Grundlage ihrer Bewertungen erstellte die Koordinierungsstelle zur Umsetzung des Strukturierten Dialogs im Auftrag der Nationalen Arbeitsgruppe für den Strukturierten Dialog abschließend diese Zusammenfassung.

- › Alle Beiträge der Konsultationsteilnehmer/-innen ansehen: [http://bit.ly/kslt\\_wahlen\\_allebeitraege](http://bit.ly/kslt_wahlen_allebeitraege)
- › Das Ergebnis der Online-Abstimmung ansehen: [http://bit.ly/kslt\\_wahlen\\_abstergb](http://bit.ly/kslt_wahlen_abstergb)

### Wer sich beteiligte

Insgesamt gab es 173 Rückmeldungen. Da die beteiligten Gruppen teilweise Vertreter/-innen mit dem Eintragen ihrer Ergebnisse beauftragten, ist es nicht möglich, eine konkrete Zahl von Konsultationsteilnehmern/-innen zu nennen. Die Gruppengröße wurde anhand von vorgegebenen Kategorien abgefragt. Auf dieser Basis kann man sagen, dass sich an der Konsultation

- › 10 Einzelpersonen,
  - › 4 Gruppen mit bis zu 10 Mitgliedern,
  - › 1 Gruppe mit bis zu 80 Mitgliedern und
  - › 5 Gruppen mit mehr als 150 Mitgliedern
- beteiligten.

## Wie's weitergeht

Die Ergebnisse der Konsultationen aus der gesamten Europäischen Union werden vom 18. bis 21. März 2012 auf einer EU-Jugendkonferenz in Dänemark gebündelt. Dort werden Jugendvertreter/-innen und Vertreter/-innen der Jugendministerien aller 27 EU-Länder zusammenkommen und gemeinsam die Punkte herausarbeiten, die für Jugendliche in allen europäischen Ländern wichtig sind.

Mit dem Ergebnis werden sich anschließend die EU-Jugendminister/-innen bei ihrer Tagung im Mai befassen. Darüber hinaus gehen die Ergebnisse als Empfehlungen an die EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten, die sie bei ihren Aktivitäten zur Förderung der Wahlbeteiligung junger Menschen berücksichtigen sollen.

## Zusammenfassung der Ergebnisse

### 1 | Wie können mehr junge Menschen dazu motiviert werden wählen zu gehen?

#### Mehr Klarheit, Transparenz und Offenheit

Nach Ansicht der Konsultationsteilnehmer/-innen

- › sollten die politischen Parteien besser darstellen, was politische Entscheidungen für die Bürger/-innen im Kleinen bedeuten.
- › müsse Politik wieder glaubwürdig werden; sie dürfe nichts versprechen, was sie nicht halten könne.
- › sollten Politiker/-innen und Parteien vor Wahlen deutlich sagen, was sie für junge Menschen tun wollten, und nach der Wahl die Umsetzung dieser Ziele öffentlich dokumentieren.
- › sollten Politiker/-innen den „Politikersprech“ weglassen, das heißt klarer formulierte und konkretere Aussagen treffen.
- › sollten politische Entscheidungen und Entscheidungsfindungen transparenter werden. Zum Beispiel könnten die Parteien transparente Formen der ePartizipation für ihre Meinungsbildung einsetzen und mehr direkte Demokratie zulassen.
- › müsse Politik greifbarer gemacht werden, z.B. auch durch Aktivitäten, die nicht in erster Linie politisch ausgerichtet seien.
- › sollten Politiker/-innen bessere Vorbilder (z.B. ehrlich und gewissenhaft) sein.

„Mit Jugendlichen reden, nicht über sie. Zuhören. Klare Antworten geben und Versprechen einhalten!“

#### Recht jugendfreundlich bitte!

Die Konsultationsteilnehmer/-innen meinen, dass Jugendliche im Vorfeld von Wahlen gut über die Wahlen, die Parteien und deren Wahlprogramme informiert werden müssten. Dafür seien Informationsmaterialien, Veranstaltungsformen und Medien notwendig, die speziell auf Jugendliche zugeschnitten sind. Dies bedeute, dass die Informationen übersichtlicher, für Jugendliche leicht verständlich und ansprechend sein sollten. So könnten zum Beispiel spezielle jugend- und kindgerechte Wahlprogramme erstellt werden.

Auch die Wahlkampagnen selbst müssten für junge Menschen ansprechender werden: „Immer nur Wahlplakate mit ‚Friede-Freude-Sonnenschein-Familien‘ und lahmen Sprüchen“ sprächen Jugendliche nicht an. Gefragt seien Kampagnen, die optisch herausstächen und klare, ehrliche Aussagen transportierten.

„Veranstaltungsformen und eingesetzt Medien müssen auf Jugendliche zugeschnitten sein.“

#### Jugendliche ernst nehmen

Die Konsultationsteilnehmer/-innen halten es für wichtig, dass Politiker/-innen mit Jugendlichen redeten und nicht über sie. Politiker/-innen sollten auf junge Menschen und Jugendverbände zugehen und mit diesen auf gleicher Augenhöhe Gespräche führen. Dabei sollten sie ihnen zuhören, sich ernsthaft für ihre Belange interessieren, klare Antworten geben und Versprechen einhalten. So lernten Jugendliche und Politiker/-innen die jeweils andere Position kennen und ernst nehmen.

Politiker/-innen sollten konkreter darstellen, was sie für Jugendliche ändern und erkämpfen wollten. Nach Ansicht der Konsultationsteilnehmer/-innen motiviert es Jugendliche wählen zu gehen, wenn sich die Parteien bemühten, For-

„Demokratie ist ja eigentlich die Herrschaft des Volkes, und wenn dann jeder mitbestimmt und jeder sich beteiligt, dann ist die Demokratie eher verwirklicht. [...] Dazu gehört auch, dass eine Verbindung hergestellt wird, dass ein Dialog entsteht zwischen dem Volk und den Vertretern.“

derungen von Kindern und Jugendlichen in ihre Wahlprogramme aufzunehmen. Dies sollten sie im direkten Kontakt mit jungen Menschen im Vorfeld der Wahlen aushandeln.

### Mitwirkung mit Wirkung

Nach Ansicht der Konsultationsteilnehmer/-innen werden Jugendliche motiviert wählen zu gehen, wenn ihre Stimme als wertvoll angesehen werde und sie das Gefühl hätten, dadurch wirklich Dinge beeinflussen und mitbestimmen zu können. Deshalb seien Wahlen, deren Ausgang ganz konkrete und fassbare Auswirkungen auf das Leben der jungen Menschen hätten, interessanter. Je direkter einen eine Wahl betreffe, desto leichter falle es, Stellung zu beziehen. Auf keinen Fall motiviere es, bereits getroffene Entscheidungen einfach nur abzunicken. Leider vermittelten ältere Menschen Jugendlichen oft das Gefühl, sie seien nicht in der Lage „sinnvoll“ und mit ernstem Interesse zu wählen.

„Was mich motiviert, an Wahlen teilzunehmen, ist das Gefühl dadurch wirklich Dinge beeinflussen und mitbestimmen zu können.“

Darüber hinaus seien Jugendliche motiviert sich zu beteiligen, wenn es um Themen und Anliegen ginge, die sie und/oder ihr Umfeld beträfen, und wenn ihre Freunde sich ebenfalls beteiligten.

### Früh übt sich...

Kinder sollten nach Meinung der Konsultationsteilnehmer/-innen frühzeitig lernen, wie demokratische Strukturen funktionierten und welche Möglichkeiten der eigenen Einnischung in Politik und Verwaltung es gäbe, zum Beispiel durch U18-Wahlen<sup>1</sup> oder den direkten Kontakt zu Politikern/-innen.

„Schulen könnten im Rahmen des Unterrichts auf die kommenden Wahlen hinweisen und sich mit KandidatInnen befassen.“

Das Interesse für Politik und Wahlen müsse darüber hinaus vor allem in der Schule geweckt werden. Deshalb sollten politische und gesellschaftliche Bildung im Schulunterricht ernster genommen werden.

## 2 | Ab welchem Alter sollten junge Menschen an Wahlen teilnehmen dürfen?

### Die Senkung des Wahlalters allein bringt's nicht

Nach Ansicht der Konsultationsteilnehmer/-innen ist Wählen allein nicht partizipativ oder automatisch umfassend demokratisch. Viele sind der Meinung, dass eine Senkung des Wahlalters allein kein Mittel sei, um bei Jugendlichen mehr Interesse an Wahlen zu wecken. Die Fähigkeit zu wählen, sei nicht unbedingt altersabhängig, sondern davon wie ernsthaft informiert junge Menschen seien. Eine Senkung des Wahlalters müsse deshalb mit einer besseren Vorbereitung auf Wahlen einhergehen.

„Das Wahlalter zu senken, ohne politische Bildungsaspekte parallel zu verbessern, ist Quatsch.“

Neben attraktiven und jugendgerechten Informationsangeboten sei daher vor allem mehr politische Bildung inner- und außerhalb der Schule notwendig. Zudem bräuchte es breite Kampagnen, die Jugendlichen deutlicher die Vorteile der Wahlbeteiligung aufzeigten. Wichtig finden die Konsultationsteilnehmer/-innen auch, dass die Absenkung des Wahlalters nicht dazu „benutzt“ wird, mehr Stimmen für bestimmte Parteien zu erreichen, sondern dazu die Interessen und Anliegen von Jugendlichen ernst zu nehmen.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass Kinder bereits Bürger/-innen seien, wenn sie geboren werden. Zwar könnten sie ihre Meinung nicht unbedingt durch Wahlen ausdrücken, aber seien durchaus in der Lage, Inhalte aus ihrer Perspektive mitzubestimmen.

<sup>1</sup> U18-Wahlen sind ein Angebot für Kinder und Jugendliche in Deutschland. Neun Tage vor den „echten“ Wahlen dürfen alle unter 18 Jahren ihre Stimme abgeben. Die Ergebnisse werden ausgewertet und veröffentlicht. U18-Wahlen werden sowohl vor Landtags- als auch vor Bundestagswahlen durchgeführt. Weitere Infos: [www.u18.org](http://www.u18.org)

### Keine eindeutige Meinung zum Wahlalter

Unter den Konsultationsteilnehmern/-innen gab es keine eindeutige Meinung dazu, ab welchem Alter junge Menschen an Wahlen teilnehmen dürfen sollten. Kein Beitrag, der eine konkrete Altersangabe beinhaltete, erhielt eine ausreichende Punktzahl. Die höchste Bewertung weist die generelle Forderung nach einer Absenkung des Wahlalters für alle Wahlen auf. Eine Staffelung des Wahlalters nach der politischen Ebene, also beispielsweise auf kommunaler Ebene jüngere Wähler/-innen zuzulassen als auf Bundesebene, wird von den Konsultationsteilnehmern/-innen nicht befürwortet.

„Das Wahlalter sollte für alle Wahlen gesenkt werden.“

## 3 | Wie könnte eine breitere Debatte über das Wahlalter angestoßen werden?

### Rechtsgrundlagen nutzen und umsetzen

Nach Meinung der Konsultationsteilnehmer/-innen könnte eine breitere Debatte durch Hinweise auf die UN-Kinderrechtskonvention und § 8 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) angestoßen werden. Eine breitere Debatte könnte darüber hinaus mit der Forderung angestoßen werden, endlich die UN-Kinderrechte zu realisieren und sie zum Beispiel in das Grundgesetz aufzunehmen.

Gemäß §8 KJHG sind Jugendliche „entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der (öffentlichen) Jugendhilfe zu beteiligen.“

### Selbst aktiv werden

Junge Menschen sollten nach Ansicht der Konsultationsteilnehmer/-innen selbst aktiv werden, denn am wirkungsvollsten sei der Anstoß einer solchen Debatte, wenn er von Jugendlichen selbst käme. So sollten Jugendliche zum Beispiel die Politiker/-innen in ihren Wahlkreisen auf dieses Thema hinweisen und ihre Forderungen an diese herantragen. Darüber hinaus sollten junge Menschen durch die Schule, Medien und Politiker/-innen ermutigt werden, sich für ihre Mitbestimmungsrechte einzusetzen.

Darüber hinaus sollten die Beteiligungsmöglichkeiten zwischen den Wahlen verbessert werden: Wenn Jugendverbände und Jugendinitiativen mehr politische Beteiligung initiierten, werde dadurch deutlich, dass Jugendliche auch die notwendige Reife zum Wählen hätten.

Damit Jugendliche zunächst selbst ein Interesse an politischer Mitbestimmung entwickelten und sich dann auch für diese einsetzten, sei es wichtig, die politische Bildung auszubauen. Sichtbar gemacht werden könne der Wunsch nach einer Wahlaltersenkung dann zum Beispiel auf Veranstaltungen wie Jugendforen. Vertraute Personen sollten Gelegenheiten schaffen, bei denen sich Jugendliche und Politiker/-innen treffen und austauschen können. Voneinander zu wissen erhöhe das gegenseitige Interesse.

Für einen breiten Dialog sei es zudem wichtig, die Forderung nach einer Senkung des Wahlalters überall zum Thema zu machen und überall darüber zu reden.

„Indem die PolitikerInnen vor Ort, in ihren Wahlkreisen, von jungen Menschen auf dieses Thema hingewiesen werden und junge Menschen diese Forderungen an PolitikerInnen herantragen.“

### Beispielhaftes bekannter machen

Beispiele und Studien, die zeigen, dass Jugendliche unter 18 Jahren in der Lage seien zu wählen und dies das Interesse an Politik erhöhe, müssten nach Ansicht der Konsultationsteilnehmer/-innen stärker bekannt gemacht werden. Analysen von Wahlen, an denen unter 18-Jährige teilgenommen haben, könnten zudem helfen, Ängste zu nehmen.

„Auswertungen der Wahl in Bremen und anderen Vorreitern sollte die Angst vor extremen Auswirkungen nehmen.“

## Weitere Vorschläge

Darüber hinaus könnte eine breitere Debatte zum Thema Wahlalter angestoßen werden durch

- › eine jugendgemäßere Ansprache (z.B. über elektronische Medien);
- › die Berücksichtigung von jugendpolitischen Themen in Wahlkämpfen;
- › Diskussionen beim Elternabend in der Schule oder mit Kindern im Sommerzeltlager sowie
- › die Organisation von Weiterbildungen für Lehrer/-innen.

## 4 | Wie können Jugendliche, die nicht in Vereinen, Verbänden, Parteien etc. aktiv sind, stärker in gesellschaftliche Entscheidungen einbezogen werden?

### Auf Augenhöhe

Vorraussetzung für die Einbeziehung von Jugendlichen in gesellschaftliche Entscheidungen ist nach Ansicht der Konsultationsteilnehmer/-innen, dass politische Entscheidungsträger/-innen Jugendliche und ihre Anliegen ernst nehmen. Dies bedeute, dass sie

„Die Menschen vor Ort besuchen, ansprechen, für ernst nehmen, kein ‚abgehobenes‘ Auftreten.“

- › den persönlichen Kontakt mit jungen Menschen suchen und mit ihnen auf Augenhöhe sprechen;
- › nicht „abgehoben“ auftraten, sondern respektvoll mit Jugendlichen umgehen;
- › Interesse zeigten, sich Zeit nehmen und zuhören;
- › deutlich machen, was ginge und was nicht, welches die Grenzen seien und ob es Alternativen gäbe;
- › die Themen und Anliegen von Jugendlichen in der Politik berücksichtigen;
- › ehrlich seien und ihre Versprechen einhielten;
- › Jugendliche darin bestärkten, dass sie kompetent seien, diese Welt mitzugestalten.

Konkret empfohlen werden regelmäßige Veranstaltungen mit Politikern/-innen (z.B. Podiumsdiskussionen, Zukunftskonferenzen). Junge Menschen erlebten es als positiv, wenn sie mit Politikern/-innen in einen direkten Dialog treten könnten. Darüber hinaus sollten politische Entscheidungsträger/-innen die Selbstorganisation junger Menschen und damit die Arbeit von Jugendgruppen und Jugendverbänden unterstützen. Dies bedeute, mehr in die (außerschulische) Jugend(verbands)arbeit und in die Zukunft zu investieren und das Ehrenamt zu fördern.

### Jugendgerecht kommunizieren

Um junge Menschen in gesellschaftliche Entscheidungen einzubeziehen, müsse Politik für Jugendliche transparenter werden. Die könne unter anderem erreicht werden durch

- › eine jugendgemäße, klare und verständliche Sprache,
- › interessante und ansprechend gestaltete Informationen,
- › die Auseinandersetzung mit Themen, die Jugendliche betreffen sowie
- › das Ernstnehmen der Interessen junger Menschen.

„Informationen aus der Politik müssen gerade für Jugendliche interessant und ansprechend gestaltet werden, das derzeitige Image der Politik ist einigen Jugendlichen zu langweilig.“

Ein immer wichtigerer Ort für die Kommunikation mit jungen Menschen ist nach Ansicht der Konsultationsteilnehmer/-innen das Internet. Deshalb sollte es mehr politische Präsenz im Internet und in den sozialen Netzwerken geben. Orte des Engagements müssten im Netz präsent sein und das dortige Engagement von Jugendlichen ernst genommen werden. Dabei sollte auf eine sinnvolle Verknüpfung von Online-

und Offline-Aktivitäten geachtet werden. Wichtig sei es, dabei nicht nur eine Plattform oder Inhalte anzubieten, sondern sich von Anfang an auf einen Dialog einzulassen.

### Wählen ist nicht alles

Jungen Menschen müsse vermittelt werden, dass man sich auch zwischen den Wahlen einbringen kann und soll, zum Beispiel über Vereine, Parteien oder Bürgerinitiativen. Solange die Senkung des Wahlalters nicht festgeschrieben sei, brauche es aber Systeme, die Jugendlichen Beteiligung garantierten. Die Anliegen junger Menschen müssten schnell umgesetzt oder begründet abgelehnt werden.

„Macht Beteiligung sexy! Wer um die Aufmerksamkeit junger Menschen buhlt, hat so viel Konkurrenz wie noch nie.“

Insbesondere die Kommunen sollten Beteiligungsangebote für alle jungen Menschen schaffen und strukturell verankern. So sollte gesetzlich geregelt werden, dass Kinder und Jugendliche an kommunalen Entscheidungen beteiligt werden müssten. Dafür brauche es niedrigschwellige, offene und regelmäßige Angebote. Wichtig sei dabei, dass die Beteiligungsangebote attraktiv seien, damit sie bei jungen Menschen auf Interesse stießen.

Gleichzeitig müssten Jugendliche mehr auf bereits bestehende Beteiligungsmöglichkeiten hingewiesen werden. Oft herrsche sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Verantwortlichen Unkenntnis darüber, was es schon gebe und wie es funktioniere.

### Politische Bildung ist Voraussetzung

Eine zentrale Voraussetzung für die politische Teilhabe junger Menschen ist nach Meinung der Konsultationsteilnehmer/-innen, dass das Interesse Jugendlicher an Politik geweckt werde. Dazu brauche es eine aktuelle und interessant gestaltete politische Bildung, die über die reine Wissensvermittlung hinausgehe.

„Mindestens eine Schulstunde pro Woche sollte der politischen Bildung gewidmet sein. Hierbei sollte es um aktuelle politische Themen gehen.“

Politische Bildung müsse zum einen in der Schule höhere Bedeutung erhalten und zum anderen sollten sich auch die Parteien mehr darum kümmern. Des Weiteren brauche es ein kinder- und jugendgerechtes Bildungsfernsehen sowie mehr Kinder- und Jugendzeitungen, in denen politische Themen beleuchtet werden. Wichtig sei auch, Kinder möglichst früh an Mitbestimmung heranzuführen.

### Schulen als Orte der Beteiligung

Die Einbindung aller Schulen ist nach Meinung der Konsultationsteilnehmer/-innen ein Muss, da nur so eine sehr breite Gruppe an Jugendlichen erreicht werden könne. Die Schule sei auch ein zentraler Ort, um über Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren und konkrete Angebote zu vermitteln.

Gleichzeitig sollten Schulen Partizipation stärker leben und lehren. Hierzu könnten sie verstärkt mit Anbietern außerschulischer Bildung zusammenarbeiten. So bestünde für die Schüler/-innen die Möglichkeit, selbstverantwortlich Projekte zur Verbesserung ihres Lebensumfeldes zu entwickeln und umzusetzen.

„Voraussetzungen für Politik in Schule: Politik oder Demokratie als Schulfach in den unteren Klassen verbindlich einführen, wo junge Menschen sich mit ihren Lebenssituationen auseinandersetzen und die Vorschläge dann verbindlich an Politik und Verwaltung herangetragen werden.“

### Weitere Vorschläge

Darüber hinaus könnten Jugendliche durch folgende Maßnahmen in gesellschaftliche Entscheidungen eingebunden werden:

- › Ausweitung des Wahlrechts auf Ausländer/-innen, die schon längere Zeit in Deutschland leben;
- › Verbesserung des Images von Politikern/-innen;
- › Einführung eines Jugendmainstreamings vergleichbar mit dem Gender Mainstreaming.